

alle Fraktionen  
im Deutschen Bundestag

Leipzig, den 12. Juni 2008

## **Rentenpolitik**

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit September 2007 bemühen wir uns als Interessenvertretung der Senioren, auf drängende Fragen zur Rentenpolitik, die von den Senioren zunehmend diskutiert werden, sachkundige Antworten zu erhalten (Anlage 1).

Zunächst sind sachdienliche Antworten, die wir vom zuständigen Ministerium erwarteten, lange verzögert worden (Anlage 2).

Jetzt liegt uns eine Antwort vom 2. Juni 2008 auf unseren Brief vom 13. März 2008 vor. Diese Antwort kann uns aber nicht zufrieden stellen, weil sie nicht hinreichend auf unsere Fragen eingeht (Anlage 3).

Herr Ministerialdirektor Georg Recht, der uns im Auftrag von Bundesminister Scholz die Antwort zukommen ließ, bietet eine Argumentation, die eine der vielen Ungerechtigkeiten unseres Rentensystems als Hauptgrund benennt, warum die Anpassung des Rentenwerts Ost an den Rentenwert West jetzt nicht zur Diskussion stehen soll, nämlich das Verhältnis zwischen den Löhnen in Westdeutschland und Ostdeutschland im Vergleich zwischen den Rentenentgeltpunkten beider Gebiete.

Wir erwarten keine schnelle Anhebung des aktuellen Rentenwerts (Ost). Die Rentner in Ostdeutschland müssen wissen, welches Konzept die politischen Verantwortungsträger für dieses Problem entwickeln.

Ein Maßnahmenpaket dafür, wie die Löhne in den neuen Bundesländern schrittweise an das Lohnniveau in den westdeutschen Ländern herangeführt werden, wäre dafür eine Voraussetzung, zumal die Bundesregierung bei gesetzlichen Regelungen, die den Bürger zu bestimmten finanziellen Leistungen verpflichten, kaum noch Unterschiede zwischen Ost und West festsetzt.

Wir wissen, dass eine Angleichung nur schrittweise – nach unseren Vorstellungen bei den Rentnern mit niedrigen Renten beginnend – vollzogen werden kann. Sie muss aber in Angriff genommen werden, weil diese Ungerechtigkeit zwischen Ost und West sich mit jeder Rentnergeneration, die neu ins Rentenalter eintritt, reproduziert. Wir verlangen also das Arbeiten an einer Lösung für dieses Problem - auch im Blick auf die künftigen Rentnergenerationen. Das sind unsere Kinder und Enkel. Nach unserer Meinung geht es nicht darum, dass Rentner mit hohen Renten ihren Nachkommen noch mehr vererben können, sondern, dass auch die künftigen Rentner in Ostdeutschland – von denen viele in ihrer Erwerbsbiographie Lücken wegen Arbeitslosigkeit haben und durch das niedrigere Lohnniveau auch geringere Rentenansprüche erwerben – mit Rentnern in den westdeutschen Ländern mit etwa der gleichen Lebensleistung gleichgestellt werden und damit Altersarmut weitgehend vermieden wird.

Die Antwort, die wir vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erhielten, zeigt uns, dass es in diesem Ministerium nicht den politischen Willen gibt, ein Konzept zur Anpassung des Rentenwerts (Ost) an den Rentenwert (West) zu entwickeln.

Deshalb wenden wir uns mit diesem Problem an die Fraktionsvorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien.

Wir bitten Sie, jetzt beginnend und die Vorbereitung der Bundestagswahl im Jahre 2009 nutzend, zur politischen Willensbildung in dem von uns erläuterten Sinne beizutragen.

Der 9. Deutsche Seniorentag in Leipzig im Juni 2009 sollte sichtbar machen können, wie es mit der Beseitigung der Ungerechtigkeiten vorangeht.

Hochachtungsvoll

Irmgard Gruner  
Sprecherin des Senioren-  
beirates der Stadt Leipzig

**Anlage**